



**LANDEARBEITSGEMEINSCHAFT  
SOZIALE BRENNPUNKTE** Hessen e.V.

Moselstraße 25  
60329 Frankfurt/M.  
Telefon: 069/257828-0  
FAX: 069/25782855  
E-Mail: LAGSB@aol.com

**Hartmut Fritz  
1. Vorsitzender**

Freigabe: 15.10.03 sofort  
Für aktuelle Rückfragen: 0171/6533372 (Reinhard Thies)

## **Kundgebungsbeitrag von Hartmut Fritz am 15.10.2003, „Stoppt hessischen Kahlschlag!“ in Wiesbaden**

Liebe Gegnerinnen und Gegner des sozialen Kahlschlags in Hessen,

uns eint die Empörung und Wut über die „Operation sichere Zukunft“. Insgesamt demonstrieren heute mit uns über 10.000 Bürgerinnen und Bürger gegen diese Politik und zeigen damit überaus deutlich, was sie von der Streichorgie halten.

Über Nacht hat die Landesregierung den Menschen in Hessen, die auf Beratung und Unterstützung angewiesen sind, über 30 Millionen Euro gestrichen. Dies ist ein bisher nicht dagewesener Vorgang, ein einmaliger Kahlschlag. Es trifft viele Bürger am Rande der Gesellschaft und in sozialen Brennpunkten. Es trifft Familien in Not, Migranten, junge Menschen, Frauen auf dem Weg zu neuen Perspektiven.

Der Hessische Ministerpräsident, Roland Koch, nennt seinen Kahlschlag „Operation sichere Zukunft“. Dies ist mehr als zynisch.

***Diese Operation kennt viele Opfer und treibt die Menschen gerade in eine unsichere Zukunft und trifft insbesondere Menschen in Armut und Not !***

Roland Koch und seine Landesregierung lassen benachteiligte Menschen im Stich.

***Koch öffnet nicht, er blockiert Wege in eine sicherere Zukunft !***

Besonders trifft es Stadtteile, die als Soziale Brennpunkte gelten.  
Es geht um die Verhinderung neuer Ghettos in unseren Städten!

Wir brauchen Investitionen nicht nur in Gebäude, sondern

***Zukunftsinvestitionen in die Menschen!***



Die Hessische Sozialministerin, Silke Lautenschläger, läßt es widerspruchslos zu, dass in die sozialen Brennpunkte kein müder Cent mehr fließt.

Bei über 120 Stadtteil-Projekten wird die Unterstützung des Landes auf Null heruntergefahren. Es fehlen am 01.01.2004 über fünf Millionen Euro. Und dieses wird in einem Stil von oben herab verfügt, der seines Gleichen sucht: Über Nacht wird per Internet auf über 140 Seiten verkündet, wie und wo der Rotstift angesetzt wurde. Jeder konnte aus der berüchtigten Giftliste „seine persönliche Streichung“ herausuchen.

***Diese Art des Vorgehens ist beispiellos, rücksichtslos und würdelos !***

Mit diesem Vorgehen werden in den Sozialen Brennpunkten Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Frauen- und Mädchenarbeit, der Beratungs- und Bildungsarbeit sowie der Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung reduziert oder für immer zerstört.

***Auf der einen Seite wird Hessen der Öffentlichkeit als „Familien- und Bildungsland“ in Hochglanzbroschüren präsentiert.***

***Auf der anderen Seite werden Kinder und Familien im Stich gelassen.***

***Es ist mehr als paradox:***

***Für die Medien werden Familientage -wie Anfang Juli in Fulda- inszeniert, während das Land für Familien, Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten die Gelder komplett streicht.***

***Ihnen werden die berechtigten Ansprüche auf Bildung, Qualifizierung und Teilhabe schamlos verweigert !***

In den hessischen Brennpunkten blicken wir auf eine langjährige erfolgreiche Arbeit zurück. Dabei ist das Zusammenwirken von betroffener Bevölkerung und der Sozial- und Gemeinwesenarbeit Garant für den Erfolg.

Die Vernetzung von Angeboten und die Zusammenarbeit mit vielen Partner haben dazu beigetragen: Ein beachtliches Netzwerk von Menschen aus Landesarbeitsgemeinschaften wie Schuldnerberatung, Wohnungslosenhilfe, Familienbildung, Arbeit und Qualifizierung sowie Menschen aus Landesbehörden und Kommunalverwaltungen hat sich entwickelt.

Der Auftrag der hessischen Verfassung, gleiche Lebensverhältnisse für die Menschen zu schaffen, war bis heute Grundlage für die Sozialpolitik in Hessen. Gerade am Umgang mit den Schwächsten muss sich unsere Gesellschaft messen lassen. Hier muss sich der hessische Sozialstaat bewähren.

In Hessen hat sich dazu eine durchaus erfolgreiche Kooperation zwischen dem Land, den Kommunen und den freien Trägern im Sinne einer präventiven und gestaltenden Sozialpolitik entwickelt.



Aus Selbsthilfe- und BewohnerInneninitiativen heraus hat sich eine soziale BürgerInnenbewegung entwickelt die bundesweit modellhaft ist und um die wir andernorts beneidet werden.

In Hessen ist so ein hervorragendes Instrument zur Überwindung von Armut und Ausgrenzung in den Städten entstanden. Es stellt die Betroffenen in den Mittelpunkt, es setzt auf Selbstbestimmung, Mitgestaltung und bürgerschaftliches Engagement.

***Auch hier das Paradoxe:***

***Die Landesregierung unter Roland Koch gibt vor, das Bürgerengagement und das Ehrenamt in besonderer Weise zu fördern, jedoch bei der Armutsbevölkerung wird dieser Ansatz ignoriert und zerschlagen !***

Gemeinwesenarbeit hat Bürger aktiviert. Gemeinsam und nicht über die Menschen hinweg hat die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG) bürgerschaftliches Engagement aktiviert und über 30 Jahren Menschen zusammengeführt, um letztlich die soziale Teilhabe zu realisieren.

Ein besonders herausragende Rolle bei der Schaffung von menschenwürdigen Wohn- und Lebensbedingungen haben die Frauen aus den Siedlungen übernommen. Auf Frauenbildungstagungen haben sie sich gegenseitig gestärkt und weibliches Selbstbewußtsein entwickelt und Strategien für ihre Siedlungen erarbeitet.

Heute stehen wir bei der Frauenbildung, aber auch bei den Frauenhäusern und den Orientierungskursen für erwerbslose Frauen vor dem Aus.

Von Kassel bis Darmstadt, von Fulda bis Limburg..., überall waren Menschen zu begeistern, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

In Eschwege: Am Heuberg, Gießen: Gummiinsel, Wiesbaden: Mühlthal, Marburg: Waldtal, Darmstadt: Rodgaustraße, Frankfurt: Ahornstraße und in vielen anderen hessischen Quartieren kann dieses belegt werden.

Früher waren diese Stadtteile teilweise berüchtigt, von Verslummung bedroht, heute sind es Stadtteile, die sich öffnen, wo sich Schul- und Ausbildungserfolg einstellt, wo die Menschen Mut geschöpft haben, wo Integration gelingt.

Unter dem Dach der LAG Soziale Brennpunkte hat sich ein hessenweites Netz der Solidarität geknüpft. Ein Netzwerk ist über die Jahre geschaffen worden, das von Selbsthilfe und Bürgerengagement, über professionelle Sozialarbeit, modellhafte Projekte, bis hin zu engagierten Wissenschaftlern reicht.

In der Geschäftsstelle der LAG hat sich Fach- und Organisationswissen gebündelt, das diesen Ansatz stützt und weiterentwickelt. Das Wissen um Bürgerbeteiligung und vorparlamentarische Politikgestaltung, das Wissen um wirkungsvolle Konzepte zur Überwindung von Armut und Ausgrenzung wird durch die Streichung der Landesregierung ignoriert. Die Geschäftsstelle der LAG muß zum 31.12.03 ihre anerkannte und überaus wirkungsvolle Arbeit einstellen. Alle 17 MitarbeiterInnen der LAG müssen entlassen werden.



***Ein einmaliges Fach-Know-How wird ignoriert, ein zukunftsfähiges Netzwerk zerschnitten, Kooperationsbeziehungen abgebrochen.***

Diese Arbeit ist von den Landesregierungen jeglicher politischer Richtung bisher unterstützt worden, auch von CDU-Regierungen unter Walter Wallmann und Sozialminister Karlheinz Drageser. Dies gilt für die jetzige Landesregierung nicht mehr.

Aber nicht nur in den Sozialen Brennpunkten sind die Menschen in bedrängten Lebenslagen. Das ambitionierte Programm „Soziale Stadt“ versucht Stadtgebiete zu unterstützen, die städtebaulich und sozial vom Abstieg bedroht sind.

Neben dem Bauen soll die Nachbarschaftsentwicklung und das Miteinander von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen angepackt werden, um ein tragfähiges Miteinander zu entwickeln.

Nach dem Kahlschlag stellt sich die Frage, wie das weiter gelingen kann. Viele Projekte in diesen Bereichen müssen abgebrochen werden. Das Programm „Soziale Stadt“ droht in Hessen zu einem reinen Bauprogramm reduziert zu werden.

***Das darf nicht sein!***

***Wir brauchen auch weiter Investitionen nicht nur in Beton, sondern in die Menschen!***

***Hier und in den anderen genannten Politikfeldern muss der Landtag diesen Kurs der Regierung stoppen!***

***Die Sozialministerin muss ihren Beitrag leisten, sonst stellt sich die Frage, ob wir in Hessen überhaupt noch eine Sozialministerin brauchen.***

Lassen wir uns nicht täuschen!

Hier geht es nicht um eine „sichere Zukunft“, wie es uns der Ministerpräsident glauben machen will.

- Es geht um eine „Flurbereinigung“ Hessens, um das Ausschalten unbequemer Organisationen!
- Es geht um die Entwertung, den Rückbau, letztlich die Abschaffung der präventiven Sozialpolitik!
- Es geht um eine nachhaltige Politikveränderung von oben!
- Und es geht schließlich in der Konsequenz um die Verschlechterung der Teilhabechancen von jetzt schon ausgegrenzten Menschen!

Dies gilt es zu verhindern!

***Wir dürfen diese „Operation sichere Zukunft“ dem Ministerpräsidenten Koch nicht durchgehen lassen !***

***Wir appellieren an den Hessischen Landtag, diesen Kurs nicht mitzumachen, dafür zu sorgen, dass diese Politik in Hessen keine Mehrheit findet !***

***Der Kahlschlag entbehrt jeglicher Vernunft! Er produziert Folgekosten! Er verhindert Prävention und sorgt für Unsicherheit bei den hessischen Bürgerinnen und Bürgern!***

***Der Kahlschlag muss zurückgenommen werden, Hessen muss sozial bleiben !***

***Wir brauchen einen neuen Vertrag für den SOZIALEN FRIEDEN IN HESSEN !***

***Die hessische Landesregierung darf sich diesem nicht entziehen!***